

HAUSARZTSTÄRKUNG

**Bundesrat lehnt
Gesetzentwurf ab**

Der Gesundheitsausschuss des Bundesrats hat der Länderkammer empfohlen, den Entwurf für ein Hausarztstärkungsgesetz nicht in den Bundestag einzubringen. Für diesen Weg hat dem Vernehmen nach lediglich Bayern votiert. Dagegen stimmten Repräsentanten der Länder Baden-Württemberg, Berlin, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, des Saarlands und Thüringens. Der Stimme enthielten sich die Vertreter von Brandenburg, Bremen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein. Dass sich der Bundesrat in seiner Plenarsitzung am 12. Oktober anders entscheidet, gilt als unwahrscheinlich.

Damit ist der Vorstoß der bayerischen Landesregierung gescheitert. Sie hatte im Rahmen des Entwurfs unter anderem vorgeschlagen, dass Hausärzte „ihre vertraglichen Angelegenheiten selbst und eigenverantwortlich“ in den Kassenärztlichen Vereinigungen regeln sollten. Diesen wiederum sollte der Abschluss von Verträgen zur hausarztzentrierten Versorgung untersagt werden. Zudem setzte sich die bayerische Staatsregierung dafür



Foto: Becker & Brandel

ein, dass für die neue Gebührenordnung der Vertragsärzte ein bundeseinheitlicher Orientierungspunkt für die hausärztliche und einer für die fachärztliche Versorgung vorgesehen wird. Ein entsprechender Vorstoß für ein Hausarztstärkungsgesetz war allerdings bereits während der Gesundheitsministerkonferenz der Länder im Sommer gescheitert.

Der Deutsche Hausärzteverband (BDA) hatte bei seiner Delegierten-

versammlung Ende September für ein solches Gesetz plädiert und kritisierte die Entscheidung. „Dieses Gesetz nicht in den Bundestag einzubringen, ist aus hausärztlicher Sicht eine Katastrophe“, erklärte der Bundesvorsitzende Ulrich Weigeldt. Der Hausärzteverband habe anhand valider Daten nachgewiesen, dass die hausärztliche Versorgung künftig nicht mehr gewährleistet sei, wenn die Leistungen nicht ausreichend vergütet würden. *Rie*

Zitat der Woche

„Nicht mehr der Kranke ist Gegenstand der Heilkunst, sondern die Krankheit ist Gegenstand eines Programms.“

Dr. med. Bernd Hontschik, Chirurg und Autor, zu Disease-Management-Programmen

KINDER MIT ADHS

Bessere Versorgung gefordert

Foto: Photolink

Eine flächendeckende Versorgung für Kinder mit Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätssyndrom (ADHS) durch qualifizierte Ärzte forderte Dr. Myriam Menter, Vorsitzende der Selbsthilfeorganisation ADHS

Deutschland, bei einem Fachgespräch der Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen in Berlin. Nach Ansicht der betroffenen Eltern – bundesweit sind dort rund 5 000 organisiert – gibt es zu wenig Therapieplätze, Wartezeiten zwischen sechs und neun Monaten für die Erstdiagnose, aber auch häufig Kinderärzte, die „wenig über ADHS wissen“, kritisierte Menter.

Mithilfe des „Zentralen ADHS-Netzes“ soll die Versorgungssituation von betroffenen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen verbessert werden. Darauf wies Prof. Dr. Manfred Döpfner, Klinikum der Universität zu Köln, hin. Das vom

Bundesministerium für Gesundheit geförderte Netz, das in Köln koordiniert wird, richtet sich an Fachleute, Betroffene, Angehörige und an die Öffentlichkeit.

Ärzte und Therapeuten erhalten internetbasierte Informationen und Materialien zu Prävention, Diagnostik, Therapie und Fortbildungsmöglichkeiten, um Patienten leitlinienkonform zu versorgen. Betroffene bekommen Informationen über die Ursachen von ADHS, Behandlungsmöglichkeiten sowie Adressen der Selbsthilfe. In Form von Veröffentlichungen wird zu aktuellen Fragen wissenschaftlich fundiert Stellung genommen. Zudem wird der Aufbau regionaler Versorgungsnetze unterstützt (www.zentrales-adhs-netz.de). *PB*